



# HESSISCHER LANDTAG

12. 05. 2009

*Zur Behandlung im Plenum  
vorgesehen*

## **Dringlicher Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Finanzmarktaufsicht stärken, Verbraucherinnen, Verbraucher und Wirtschaft effektiv schützen**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass durch die Finanzmarktkrise in drastischer Weise offenbar wurde, wie unzureichend nationale und internationale Regulierungsmechanismen der Finanzmärkte und die Ausstattung sowie die Kompetenzen der Aufsichtsbehörden sind und welche verheerenden Konsequenzen dies für Verbraucherinnen und Verbraucher ebenso wie für kleine und mittlere Unternehmen hat.
2. Der Landtag ist der Auffassung, dass es einer effektiveren Regulierung und einer strengeren Aufsicht auf dem Finanzmarkt bedarf, damit eine größere Transparenz der Eigenschaften der Finanzprodukte sichergestellt werden kann.
3. Der Landtag bemängelt, dass der Verbraucherschutz bei der Diskussion der Konsequenzen, die aus der Finanzmarktkrise zu ziehen sind, derzeit noch eine unzureichende Rolle spielt, und fordert die Landesregierung deshalb auf,
  - durchzusetzen, dass die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) vollständig am Banken- und Finanzplatz Frankfurt angesiedelt und der Verbraucherschutz als eine ihrer Kernaufgaben gestärkt wird;
  - daran mitzuwirken, dass Verkäufer von Finanzprodukten verstärkt in die Haftung für die von ihnen zugesicherten Eigenschaften ihrer Produkte genommen werden;
  - dafür zu sorgen, dass bei der Verbraucherzentrale Hessen (VZH) das Informationsangebot im Bereich der Finanzprodukte ausgeweitet wird und entsprechende Beratungskapazität bereitgestellt werden;
  - bei der einzurichtenden Schwerpunktstaatsanwaltschaft für Wirtschaftskriminalität besonderes Augenmerk auf den Handel mit Finanzprodukten zu legen und entsprechende Kompetenz sicherzustellen;
  - die Landesförderung von Schuldnerberatungsstellen in Hessen wieder aufzunehmen und ein bedarfsgerechtes Angebot zu schaffen.

### **Begründung:**

Die Finanzmarktkrise trifft auch massiv die Verbraucherinnen und Verbraucher, die ihr Geld dem Markt anvertraut haben und sich nun zu Recht Sorgen um ihr mühsam Erspartes machen. Eine Studie im Auftrag des Bundesverbraucherministeriums gibt an, dass Verbraucherinnen und Verbrauchern jährlich ca. 20 Mrd. € Verluste durch falsche Finanzberatung entstehen. Viele Verbraucherinnen und Verbraucher wurden falsch oder mangelhaft beraten oder haben ungewollt riskante, nicht zu ihrer individuellen Lebenssituation passende Geldanlagen erworben, die am Ende zu hohen Verlusten führten.

Sie erhalten aber keinen angemessenen finanziellen Ausgleich für die durch Falschberatung von Banken und Sparkassen entstandenen Schäden. Die derzeitige Finanzkrise macht deutlich, dass es ein großes Ungleichgewicht zwischen der Anbieterseite und den Kundinnen und Kunden gibt, das es auszugleichen gilt.

Zu einer effektiven, sozialen und nachhaltigen Marktregulierung gehört auch eine flächendeckende Versorgung mit verbraucherorientierter Krisenberatung und Unterstützung bei der Durchsetzung von Verbraucherinteressen.

Damit die Verbraucherinnen und Verbraucher wieder Vertrauen in den Finanzmarkt entwickeln, bedarf es umfassender verbraucherpolitischer Maßnahmen. Ihre Rechte am Finanzmarkt müssen gestärkt werden und geschädigte Anlegerinnen und Anleger müssen die Möglichkeit haben, sich gegen unlautere Praktiken am Finanzmarkt wehren zu können. Stärkere Kontrollen des Finanzmarktes, die Umstrukturierung der Finanzmarktaufsicht mit einem Schwerpunkt Verbraucherschutz sowie mehr Transparenz und Aufklärung für Verbraucherinnen und Verbraucher tragen dazu bei, das Vertrauen wieder wachsen zu lassen.

Zahlreiche von der Finanzkrise betroffene Verbraucherinnen und Verbraucher haben sich in den letzten Monaten mit Fragen zur Finanzmarktkrise an die Verbraucherzentralen gewandt. Auch die Verbraucherzentrale Hessen (VZH) war von einem großen Ansturm von Verbraucherfragen betroffen, dem die derzeitige finanzielle und personelle Ausstattung der VZH nur unzureichend gerecht wurde.

Damit die BaFin ihren Aufsichtspflichten besser nachgehen kann und Verbraucherschutz als eine Kernaufgabe der Finanzdienstleistungsaufsicht wird, ist es notwendig, dass die BaFin dementsprechend umstrukturiert wird und neue Kompetenzen erhält. Die BaFin soll Verbraucherbeschwerden aufgreifen, der Politik hinsichtlich notwendiger gesetzlicher Schritte berichten, das Einhalten von Informationspflichten zu den Anlageprodukten überwachen und eine echte Kompetenz für die Aufsicht aller Bankgeschäfte erhalten.

Wiesbaden, 12. Mai 2009

Der Fraktionsvorsitzende:  
**Tarek Al-Wazir**